

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XXII/154

Bad Godesberg, den 15. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Illusionen oder Realitäten ? 34

Deutsche Politik gestern und heute

2 Spaniens Gastarbeiter 39

Sie fahren in den Ferien nach Hause,
kommen aber wieder nach Deutschland zurück
Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

3 - 4 Zeitungskonzentration jetzt auch in Frankreich 77

Pressemonopol Lyon-Grenoble-St. Etienne

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Ernst Paul: Dreifach Objekt der Geschichte

Wehner und Kreisky sprechen auf dem Treffen der Seliger-Gemeinde
am 27. August 1967 in Hof

* * *

Illusionen oder Realitäten ?

Deutsche Politik gestern und heute

sp - Immer häufiger kann man heute in Presse-, Rundfunk- und Fernsehkommentaren lesen und hören, die Bundesregierung solle und müsse ihre Innen- und Außenpolitik ohne Illusionen machen. Dieser Ratschlag wird in den verschiedensten Variationen erteilt. Er bezieht sich sowohl auf die komplizierten Fragen der Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik als auch auf alle jene Probleme, die im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Bundes, der Länder und Gemeinden beachtet werden müssen. Die Warnung vor Illusionen ist sehr eindringlich; man muß sich also fragen, ob die Warner jetzt zu der Überzeugung gelangt sind, daß alle früheren Bundesregierungen Politik mit Illusionen gemacht haben...

In früheren Zeiten hat man z.B. einen Bundeskanzler und Außenminister, der irgendein anderes Land besuchte und mit den Staatsrätern dort politische Gespräche führte, meist mit Vorschau Lorbeeren bedacht. Man hat Illusionen erweckt und nicht selten dem Bundesbürger den Eindruck vermittelt, als warte die ganze Welt auf die Besucher aus Bonn und sei begierig, deren Ratschläge zu hören. Wenn dann nach der Rückkehr in die Heimat der nüchterne Alltag wieder begann, mußte meist die bis dahin noch strahlende Lampe niedriger gehängt werden.

Heute ist das, wie gesagt, anders. Jeder Betrachter des Zeitgeschehens, der etwas auf sich hält, gibt unseren reisenden Staatsmännern den wohlgemeinten Rat mit auf den Weg, sie sollten sich und unserem Volk keine Illusionen machen.

Das Gegenteil von Illusionen sind bekanntlich Realitäten. Es wäre also anzunehmen, daß alle Welt zufrieden sei, wenn unsere Minister davon sprechen, sie müßten von den Realitäten ausgehen.

Wenn sie es tun, scheint dies aber auch wieder nicht richtig zu sein. Die neue Bundesregierung ist redlich bemüht, klarzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland keine Weltmacht ist. Bei allem, was sie in West oder Ost sagt und tut, geht sie von dieser Realität aus. Aber auch bei allem, was sie in Bewegung bringen will, verzichtet sie auf die Erweckung von Illusionen und baut ihre politische Konzeption auf das Fundament der Wirklichkeit. Das ist gut so; mit dieser Methode wird man sich Enttäuschungen ersparen.

Spaniens Gastarbeiter

Sie fahren in den Ferien nach Hause,
kommen aber wieder nach Deutschland zurück

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Bleibt die für diesen Sommer erwartete Rückwanderungswelle spanischer Gastarbeiter aus Deutschland aus? Diese Frage brennt gegenwärtig jenen Madrider Technokraten auf den Nägeln, die sich mit der Unterbringung von Arbeitssuchenden zu beschäftigen haben. Den Alarm löste eine harmlose Nachricht aus; die in San Sebastian erscheinende Zeitung "LA VOZ ESPANA" hatte die beiden Grenzübergänge von Irun unter die Lupe genommen und festgestellt, daß "vor allem bei deutschen Kraftfahrzeugen" weniger Touristen und mehr spanische Gastarbeiter festgestellt wurden, die ihren Urlaub in der Heimat verbringen wollen. Diese Arbeiter, die bei ihrer Rückfahrt nach Deutschland von französischen Zöllnern regelrecht "gefilzt" werden (die Deutschen sind großzügiger, behaupten die Spanier) sind für ihr Mutterland ebenso Devisenbringer wie die Touristen. Sie werden es vermutlich auch bleiben, denn bisher ist der befürchtete Rückstrom von Gastarbeitern ausgeblieben. Die Wirtschaftsplaner bleiben jedenfalls wachsam. Aber: Selbst im Ruhrgebiet tätige Spanier, die ihren Heimaturlaub verbrachten, waren optimistisch: "Selbstverständlich kehren wir zurück nach Deutschland. Außerdem haben sich in den letzten Monaten die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik wesentlich gebessert," verriet der Wortführer einer solchen Gruppe Spanier.

Demgegenüber äußerte das spanische Informationsministerium eine unterschiedliche Ansicht. In seiner eben veröffentlichten "Spanischen Jahreschronik 1966 - 67" heißt es, das Problem der spanischen Gastarbeiter verliere an Bedeutung. Unzutreffenderweise wird dieser Umstand allein den "wesentlichen Verbesserungen" in den Arbeitsbedingungen Spaniens zugeschrieben. Das Ministerium streitet auch ab, daß sich in den Gastarbeiter-Aufnahmeländern die Bedingungen verschlechtert hätten. Alarmiert durch die Massenentlassungen spanischer Gastarbeiter sei Arbeitsminister Jesus Romeo-Gonzalez nach Bonn geeilt und habe festgestellt, daß die Berichte über die deutsche Konjunkturkrise maßlos übertrieben waren und Spanier sogar am wenigsten von den Krisenerscheinungen betroffen wurden, schwächt das Ministerium ab. Spanien hat allerdings vorgesorgt, um einer Rückwanderungswelle von Gastarbeitern aus dem Ausland zu begegnen: noch 1962 gab der spanische Staat für Schutzmaßnahmen für Auslandsarbeiter nur 3,5 Millionen Peseten (etwa 245.000 DM) aus, in diesem Jahr verfügt dieser Sonderfonds über 120 Millionen Peseten (mehr als sieben Millionen DM). Erst im Herbst, wenn der erwartete deutsche Konjunkturaufschwung einsetzt, werden Spaniens Arbeitsplatz-Planer aufatmen können. Dann, so rechnen sie, wird das Gespenst einer Rückwandererlawine gebannt sein.

Zeitungskonzentration jetzt auch in Frankreich

Pressemonopol Lyon-Grenoble-St. Etienne

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das Pariser Zeitungswesen war bis jetzt vom Konzentrationstrend weitgehend verschont geblieben. Wohl gab es in den letzten Jahren Zusammenschlüsse (z.B. "Paris-Presse" und "L'Intransigeant"); auch sind kleinere Zeitungen verschwunden. Ansonsten ist aber der Leserkreis der stark politisch und individuell ausgerichteten Pariser Blätter stark abgegrenzt und wirkt dem Konzentrationszog entgegen.

Von der Konkurrenz zum Konzern

Anders in der Provinz, wo größere Zusammenschlüsse im Gange sind. Ein weittragendes Ereignis auf diesem Gebiet ist der Vertrag zwischen den beiden großen Tageszeitungen "Le Progrès" (Lyon) und "Le Dauphiné Libéré" (Grenoble). Seit zehn Jahren standen sie im harten und kostspieligen Konkurrenzkampf gegeneinander. Nun legen sie Mittel (Werbung, Technik und Redaktion) zusammen und sparen damit jährlich viele Millionen. Eine Reihe von weiteren Tageszeitungen ist in diesen Sog einbezogen: "Le Progrès Soir", "La Tribune", "Dernière Heure Lyonnaise", "L'Echo-La Liberté" und "La Dépêche de La Loire". - Alle diese Blätter bilden nun eine gemeinsame Nachrichtenagentur, die A.I.G.L.E. (Agence d'Information Générale, Locale et Economique) mit Sitz in Chassieu bei Lyon.

Frankreichs größte Druckerei

Hier steht auch bereits die modernste und größte Druckerei Frankreichs auf einem Terrain von 30 000 qm. Kostenpunkt: 30 Millionen Francs. Mit diesem Instrument wollte der "Dauphiné Libéré" den "Progrès de Lyon" schlagen. Dieser plante entsprechenden "Gegendruck" mit einem Unternehmen im Lyoner Vorort Villeurbanne. Letzten Endes entschloß man sich aber, einfach die moderne Riesendruckerei des Rivalen zu benutzen.

Das war der Anfang vom Ende eines Konkurrenzkampfes zwischen den beiden Riesen der französischen Provinzpresse. Im September 1966 unterzeichneten die beiden Direktionen ein Protokoll, in welchem auf die "enormen Investitionen" hingewiesen wurde. Man sprach in diesem Kommuniqué von "systematischer Konkurrenz des Fernsehens und Rundfunks", von "Staatsmonopolen" und von den "der französischen Presse drohenden Gefahren", um der Öffentlichkeit die Zusammenlegung der Zeitungsbetriebe zu erklären. Die Einigung erfolgte auf höchster Ebene, ohne Unterrichtung der Redaktionen und Verwaltungen.

PP No 1 und EP No 1

Zunächst wurde eine gemeinsame Verlagsorganisation geschaffen: P.P. 1 ("Province No 1). Sie hatte die Herausgabe und Werbung aller Tageszeitungen der beiden Gruppen mit einer Gesamtauflage von 1,2 Millionen sicherzustellen.

Parallel dazu wurde ein gemeinsames Presse-Unternehmen gegründet (E.P. 1 = Enterprise de Presse No 1), in welchem die vier Zeitungsdruckereien zusammengefaßt sind: Lyon (Progrès), St. Etienne (Tribune), Grenoble (Dauphiné Libéré) und Chassieu, wo früher oder später wahrscheinlich alle Zeitungen des Konzerns hergestellt werden sollen.

Dennoch kam es damit noch zu keiner kompletten Verschmelzung. Der "Progrès" (Gründungsjahr 1867) und "Dauphiné Libéré" erschienen noch weiter politisch und finanziell selbständig, mit getrennter Redaktion und verschiedenen Gesichtern. Bald kam es jedoch auch zur Zusammenlegung der Redaktionen, zunächst in den regionalen und lokalen Rubriken und Sportseiten, seit April 1967 in den angeschlossenen Wochenblättern und Sonntagsausgaben ("Progrès-Dimanche", "Dauphiné-Dimanche", "Centre-Dimanche", "Dépêche-Dimanche" usw.)

Liquidierung der Redaktionen

Bald wurde dieses Experiment auf die Tageszeitungen ausgedehnt. Seit dem 31. Juli 1967 sind die Sportteile aller genannten Blätter identisch. Die regionalen und lokalen Informationen der drei großen Städte (Lyon, Grenoble und St. Etienne) sind selbstverständlich in jeder Zeitung dem Verbreitungsgebiet angepaßt.

Die allgemeine Information wurde zunächst noch von jedem Blatt besonders geprägt. In Weiterverfolgung dieser Linie kam es schließlich zu einem entscheidenden Schritt: Schaffung der gemeinsamen Nachrichtenagentur AIGLE mit gemeinsamer Redaktion für alle angeschlossenen Blätter. Diese behalten wohl noch ihre besonderen Titel ("Le Progrès", "Le Dauphiné Libéré", usw.) und verschiedene Aufmachungen und Schlagzeilen, haben aber keine eigenen Redaktionen mehr. Sie beziehen das Nachrichtenmaterial direkt aus der gemeinsamen AIGLE-Redaktion.

Europäische Pressekonzentration ?

Kritik an dieser Operation fehlt nicht. So sprach man von einem "Gewaltstreik" und von Verwandlung der Redakteure in Roboter. Als Gegenargument hört man, die Journalisten seien konsultiert worden und hätten wohl oder übel ihre Zustimmung gegeben.

Die große Frage ist nun, ob mit der Konzentration die Qualität der französischen Provinzpresse steigt, oder ob die Massenauflagen nicht im Gegenteil zu kommerzieller Verflachung führen.

In Paris erfährt man dazu, daß die Pressekonzentration auch auf europäischer Ebene vorbereitet wird: Schaffung von großen Pressekonzernen innerhalb der EWG. Auch hier spricht man von Widerständen im Journalistenberuf, der um seine Existenz bangen muß, aber auch von Bedenken bezüglich der Möglichkeiten einer vielseitigen und freien Meinungsbildung.